

Kaffeemann statt Gesundheitsapostel

Der Nestlé-Chef Philipp Navratil löst die Gesundheitssparte auf – es ist das Ende grosser Ambitionen



Die Resultate aus der Sparte Nestlé Health Science waren Philipp Navratil zu dürftig.

GAËTAN BALLY / KEYSTONE

MATTHIAS BENZ

Philipp Navratils Augen beginnen zu leuchten, wenn er von Kaffee spricht. An der Jahrespressekonferenz vor einigen Tagen schwärmte der Nestlé-Chef von den kommerziellen Möglichkeiten, die ein neuer Trend bietet: kalter Kaffee, den vor allem jüngere Zeitgenossen gerne trinken. Zwar leitet Navratil seit knapp einem halben Jahr den Gesamtkonzern. Doch intern gilt der 49-jährige Schweizer als «Kaffeemann». Er hat den grössten Teil seiner Karriere im Kaffeegeschäft, dem wichtigsten Standbein von Nestlé, verbracht und führte zuletzt Nespresso. Weniger Zuneigung scheint Navratil zum Gesundheitsgeschäft von Nestlé zu haben. Er kündigte an der Jahrespressekonferenz an, dass die Sparte Nestlé Health Science verschwinden wird.

Es ist das sichtbarste Zeichen eines grösseren Konzernumbaus. Gleichzeitig ist es das Ende der einst grossen Ambitionen, Nestlé zu einem Gesundheitskonzern zu formen. Navratil wickelt das Erbe von Peter Brabeck-Letmathe ab, einem prägenden Vorgänger an der Nestlé-

Spitze. Als Nestlé Health Science (NHS) im Jahr 2010 gegründet wurde, fehlte es nicht an grossen Worten. Der damalige Verwaltungsratspräsident Brabeck sagte, Nestlé wolle eine neue Industrie «zwischen Nahrung und Pharma» anführen. NHS wurde als eigenständiges Unternehmen angelegt, separat geführt vom klassischen Nestlé-Geschäft mit Kaffee, Tierfutter oder Maggi-Suppenwürfeln.

Kampf gegen Krankheiten

Die Sparte setzte sich hehre Ziele und bekam viel Geld: Sie sollte personalisierte Gesundheitsprodukte entwickeln, um «Gesundheitsbeschwerden wie Diabetes, Fettleibigkeit, Herz-Kreislauf-Krankheiten sowie Alzheimer vorzubeugen und sie zu behandeln».

Brabeck wollte, dass Nestlé einen Beitrag im Kampf gegen die Zivilisationskrankheiten des 21. Jahrhunderts leistet. Am liebsten hätte er Nestlé mit einem eigenen Pharmaunternehmen ergänzt, um den Medikamentenherstellern Konkurrenz zu machen. Seine Vision war: «Weg von Essen und Getränken, hin zu einer gesamtheitlichen

Ernährung, Gesundheit und Wellness – Ernährung nicht nur als Versorgung, sondern als Beitrag zu einem besseren Leben.»

Seither ist Gesundheit bei Nestlé immer ein grosses Thema gewesen. Kurz bevor Brabeck als Präsident abtrat, warb er im Jahr 2017 einen neuen Konzernchef an. Mark Schneider kam vom deutschen Gesundheitskonzern Fresenius, und sein Auftrag war klar: Brabecks Vision abzusichern und das Gesundheitsgeschäft von Nestlé auszubauen. Der Deutsche liess sich nicht zweimal bitten. Schneider gab mehr als 10 Milliarden Dollar aus, um innert kurzer Zeit verschiedene Anbieter von Vitaminen und Nahrungsergänzungsmitteln zu kaufen, mit einem Schwerpunkt in den USA. Dieses Geschäft ergänzte das bisherige Portfolio von NHS, das sich vor allem an Kranke richtete: medizinische Ernährungslösungen wie etwa Sondennahrung für Spitalpatienten oder Spezialnahrung für Menschen mit Schluckbeschwerden.

Doch die Zukäufe erfolgten zu schnell. Bei der Integration der Vitaminmarken mit ihren verschiedenen

Produktionsprozessen entstanden so grosse IT-Probleme, dass Nestlé während Wochen im Hauptmarkt USA keine Produkte mehr ausliefern konnte. Auch die kommerziellen Hoffnungen erfüllten sich nicht. Nestlé hat mittlerweile erkannt, dass sich im umkämpften Massengeschäft mit Vitaminen und Nahrungsergänzungsmitteln zu wenig verdienen lässt. Navratil will die Mainstream-Marken nun wieder verkaufen. Nestlé soll sich auf die hochwertigen Produkte konzentrieren, bei denen das Unternehmen seine Stärken wie die konzerneigene Forschung ausspielen kann.

Schneider lancierte ausserdem einen Angriff auf das Terrain der Pharmafirmen. Nestlé kaufte im Jahr 2020 für 2,6 Milliarden Dollar den Hersteller von Palforzia, einem rezeptpflichtigen Medikament zur Bekämpfung von

integriert, der vor allem Säuglingsnahrung produziert. Die Spartenleiterin verlässt den Konzern.

Jedoch hält Nestlé weiterhin an den Produkten von NHS fest. Vitamine, Nahrungsergänzungsmittel und medizinische Spezialnahrung wird der Konzern dabei weiter verkaufen. Navratil will in dem Bereich auch durchaus wachsen. So hat das Unternehmen vergangene Woche ein neues Produkt namens Nestlé Vital vorgestellt: Die Drinks versprechen Menschen im Alter von über 40 Jahren weniger Muskelschwund, besseren Schlaf und gesündere Haut. Beim Thema gesundes Altern sieht Nestlé grosse Geschäftschancen, ebenso wie bei der Frauengesundheit oder beim gesunden Wachstum von Kleinkindern. Insofern bleibt der Konzern der Vision von Brabeck wenigstens ein bisschen treu.

Enttäuschter Visionär

Dennoch ist klar: Die grossen Ambitionen, Nestlé zu einem Gesundheitskonzern zu formen, sind Geschichte. Navratil hat an der Jahrespressekonferenz verdeutlicht, dass die Geschäfte von Nestlé in Zukunft auf vier Säulen beruhen sollen: Kaffee (derzeit 29 Prozent des Umsatzes), Tierfutter (21 Prozent), Nutrition (21 Prozent) sowie Food und Snacking (29 Prozent). Im klassischen



Peter Brabeck-Letmathe
Ehemaliger CEO
und VRP von Nestlé

Geschäft mit Lebensmitteln und Getränken sieht Navratil genug Potenzial, damit Nestlé künftig wieder stärker wachsen kann.

Brabeck ist von dieser Entwicklung enttäuscht. Vor einigen Wochen hat er den Ehrentitel des Chairman emeritus von Nestlé von sich aus abgegeben. Er könne sich nicht mehr mit der Firma identifizieren, begründete er den Schritt im NZZ-Interview.

Eine wichtige Rolle spielte die Abkehr von seiner Gesundheitsvision. «Etwas ernüchtert sehe ich, dass Nestlé wieder stärker zu den alten Mustern zurückkehrt», sagte Brabeck. Es werde das Signal gesendet: zurück zu Essen und Getränken. «Das bedaure ich sehr.»

Bei Scheidung und Vorsorge sind Selbständige oft benachteiligt

Ohne Anschluss an eine Pensionskasse fehlt der steuerliche Ausgleich

ALBERT STECK

Wer eine Scheidung erlebt, hat zunächst grössere Sorgen, als an die Steuerfolgen zu denken. Trotzdem lohnt es sich, darauf zu achten. Wenn man Pech hat, muss man mit einer deutlich höheren Steuerlast rechnen. Die Mehrkosten können über 100 000 Franken erreichen.

Pech haben all jene, die ihr Guthaben aus der beruflichen Vorsorge in einer Freizügigkeitsstiftung angelegt haben und nicht in einer Pensionskasse. Was nach einer geringen Differenz klingt, wird von den Steuerbehörden nämlich ganz unterschiedlich behandelt.

«Die Besitzer eines Freizügigkeitskontos werden steuerlich massiv benachteiligt», sagt Mario Bucher vom Vorsorgespezialisten Pensexpert. «Diese Schlechterstellung ist auch deshalb stossend, weil es viele Selbständige ohne Anschluss an eine Pensionskasse trifft.»

Ein Beispiel soll illustrieren, wie ungleich die beiden Vorsorgearten vom Fiskus behandelt werden: Ein 50-jähriger Mann, wohnhaft in Bern, besitzt ein Vorsorgevermögen von 800 000 Fran-

ken und muss gemäss Scheidungsurteil die Hälfte, also 400 000 Franken, an seine Ex-Partnerin abtreten. Gehört er einer Pensionskasse an, so kann er das verlorene Alterskapital schrittweise wieder ausgleichen. Ein solcher Wiedereinkauf infolge einer Scheidungsauszahlung empfiehlt sich nicht nur für die bessere Rente, sondern ebenso aus steuerlichen Gründen.

Angenommen, der Mann hat ein steuerbares Einkommen von 140 000 Franken: Wenn er zehn Jahre lang 40 000 Franken in die PK einzahlt, um die entstandene Lücke zu schliessen, so spart er pro Jahr gut 15 000 Franken an Steuern. Über zehn Jahre summiert sich die Einsparung somit auf über 150 000 Franken. Selbst wenn man die höhere Kapitalbezugssteuer bei der Pensionierung berücksichtigt, erreicht der Vorteil noch immer eine sechsstelligen Summe.

Willkommene Entschädigung

Der Steuerbonus beim Wiedereinkauf in die Pensionskasse bietet somit eine willkommene Entschädigung für das

verlorene Alterskapital bei der Scheidung. Dies gilt allerdings nicht, wenn der geschiedene Mann sein Altersguthaben via Freizügigkeitsstiftung anlegt statt über eine PK. Die Freizügigkeit ist gewissermassen das «hässliche Entlein» im Schweizer Vorsorgesystem. Sie versichert jene Personen, die nicht in einem Angestelltenverhältnis stehen. Dazu gehören nebst den Selbständigen auch Arbeitslose. Ein wichtiger Nachteil der Freizügigkeit besteht ebenso darin, dass man das Guthaben bei der Pensionierung nicht als Rente beziehen kann. Zudem kann es bei einem Todesfall zu Ungerechtigkeiten kommen – besonders bei Patchworkfamilien. Denn im Vergleich zur PK sind die Begünstigungsregeln weniger flexibel ausgestaltet.

«Aus Gründen der Fairness müsste der Bund die Freizügigkeit aufwerten und der Pensionskasse gleichstellen», sagt Bucher. «Dies wäre vor allem ein wichtiges Signal des Staates, dass er die Bedürfnisse der Selbständigen ernst nimmt.» Zudem geht es um erhebliche Summen: Laut Schätzungen

belaufen sich die angesparten Vermögen in der Freizügigkeit auf 70 Milliarden Franken.

Eklatanter Reformstau

Bucher betont, der Bund könnte diese Besserstellung unkompliziert von heute auf morgen umsetzen: Denn einige Bestimmungen seien nicht gesetzlich verankert und könnten daher von der Behörde in Eigenregie umgesetzt werden. Der Vorsorgeexperte weist zudem auf die Tatsache, dass viele Selbständige ohnehin nur ungenügend für ihr Alter abgesichert seien. «Angestellte profitieren davon, dass der Arbeitgeber mindestens die Hälfte der Beiträge für die berufliche Vorsorge und die AHV übernimmt. Dagegen müssen Selbständige alles selbst bezahlen.» Ebenso seien sie nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert.

Aufgrund dieser regulatorischen Tücken empfiehlt Bucher den Versicherten einer Freizügigkeitsstiftung, den Anschluss an eine Pensionskasse zu prüfen. So bieten manche Berufsverbände eine Sammelstiftung für Selbständige an. In

der Pflicht allerdings sieht er primär den Bund. Denn das Vorsorgesystem leide an einem eklatanten Reformstau: «Nachdem diverse Vorlagen vor dem Volk gescheitert sind, sollte der Bund umso beherzter jene Baustellen in Ordnung bringen, bei denen er selber aktiv werden kann – die Benachteiligungen in der Freizügigkeit stehen weit oben auf dieser Liste.»

Dass Selbständige nach einer Scheidung Lücken in der Altersvorsorge aufweisen, sei nicht im Interesse des Staates, sagt Mario Bucher von Pensexpert. Deshalb wäre es nur folgerichtig, wenn sie die gleichen Anreize für einen Wiedereinkauf erhielten wie die Angestellten in einer Pensionskasse.

ANZEIGE

Finanzmarkt

Zu verkaufen
schuldenfrei und inaktive
Aktiengesellschaften
Tel. 071 226 40 66 | www.firstdirect.ch